

## BÖHMEN UND DAS REICH IN DER FRÜHEN NEUZEIT

Von Volker Press †

*Den folgenden Text hat Volker Press, Professor der Universität Tübingen, wenige Monate vor seinem unerwarteten Tod den Herausgebern mit der Frage zugesandt, ob sie es für lohnend hielten, den Aufsatz auszuarbeiten. Es sei an der Zeit, einen tschechisch-deutschen Dialog über dieses wichtige Thema zu beginnen. Volker Press ließ erkennen, daß er sich künftig mehr als bisher der Geschichte der böhmischen Länder zuwenden wolle, denen er sich durch seine bayerische Herkunft verbunden wußte. Die Herausgeber setzen mit dem unveränderten Abdruck dieses Textes ein Zeichen des ehrenden Gedenkens an Volker Press, der einer der vorzüglichsten Frühneuzeitler unter den deutschen Historikern war. Seinem Anliegen, die tausendjährige Nachbarschaft zwischen Deutschen und Tschechen, die in Europa nach Ursprung und Verlauf nicht leicht ein Beispiel hat, nach allen ihren Deformationen in der Historiographie dieses Jahrhunderts von neuem und gemeinsam zu diskutieren, fühlen sie sich besonders verbunden.*

Die Offenheit älterer historischer Situationen gab späteren Jahrhunderten immer wieder Spielräume der Auslegung; Dies geschah in besonderem Maße beim Verhältnis Böhmens zum Reich. Bekannt ist die leidenschaftliche Ablehnung Palackýs einer jeglichen Konstruktion deutscher Ansprüche auf Böhmen aus der von ihm sehr locker gesehenen Verbindung zum Reich. Er begründete eine Tradition der tschechischen Historiographie, der die Beschwörung des Reichsgedankens durch den deutschen Nationalismus gegenüberstand, welche in der Protektorats-Zeit ihren Höhepunkt erreichte. Die lockere, ganz andere Struktur der Verbindungen der altständischen Gesellschaft sollte jedoch vor so einseitigen Feststellungen warnen. Eine Ausklammerung „heikler“ Fragen aus der deutsch-tschechischen Diskussion erscheint ebenfalls abwegig – der Zeitpunkt einer nüchternen Analyse scheint gekommen zu sein.

Ich möchte bei der Behandlung dieses Themas drei Perspektiven miteinander verknüpfen: 1. die rechtliche Frage, 2. die politisch-rechtliche Situation, 3. die politisch-geographischen Bedingungen. Es scheint mir unzweifelhaft, daß das Königreich Böhmen mit seinen Nebenländern Mähren, Schlesien und den Lausitzen in den Reichsverband einbezogen war, allerdings in einem Status, der lockerer war als der der meisten anderen Reichsstände. Seit 950 wurde Böhmen zum Reichslehen; die römisch-deutschen Kaiser und Könige übten beträchtlichen Einfluß aus auf die böhmische Entwicklung, bis hin zur Königserhebung Böhmens; der böhmische König wurde in den Kreis der Kurfürsten einbezogen, und unter Karl IV. und Wenzel (IV.) war es das Königsland, das Herz des Reiches schlechthin – sein modernstes und reichstes Glied, Prag das Zentrum. Die Goldene Bulle hat Böhmen vor anderen Reichsständen privilegiert; der König von Böhmen war Erzschenk, der erste weltliche Kurfürst; der

Reichsverband wurde von Böhmen aus regiert; der Mittelpunktcharakter Prags strahlte so über Böhmen hinaus aus. Die Rolle Böhmens im Reich war von daher begründet. Eine wichtige Verklammerung mit dem Reichsverband bedeutete darüber hinaus das System der böhmischen Lehen, das über die Oberpfalz und Franken weit nach Süddeutschland ausgriff, aber auch nach Sachsen und Thüringen und eine wichtige Einflußschiene der Krone Böhmens war, in gewisser Weise vergleichbar mit der vorderösterreichischen Position der Habsburger, die zur Drehscheibe ihres Einflusses wurde und eine wichtige Voraussetzung ihres Kaisertums bildete.

Auf der anderen Seite aber hatte der große Territorialkomplex Böhmen stets eine ostmitteleuropäische Alternative; das hatte bereits König Przemysl Ottokar II. demonstriert, auch wenn er vielleicht als deutscher Königs kandidat galt und sich um das babenbergische Erbe bemühte, wobei er an den Habsburgern scheiterte. Damals entstand die Trinität der – nach Moraw – drei bevorzugt im Reich königsfähigen Dynastien der Luxemburger, Wittelsbacher und Habsburger; ihr Einfluß auf Böhmen wurde zu einer wichtigen Voraussetzung reichspolitischer Wirkung. Die habsburgischen Versuche einer Gewinnung Böhmens mißlangen, dagegen konnten die Luxemburger das Erbe der Przemysliden antreten, konnte Karl IV. nicht nur die alten luxemburgischen Linien ins Herz des Reiches verstärken, sondern auch durch den Erwerb der Mark Brandenburg nach Norden ausgreifen – eine Machtposition, die die Weichen der deutschen Geschichte anders hätte stellen können.

Aber von ihrer böhmischen Bastion aus griff die luxemburgische Politik auch nach Südosteuropa aus, hatte sie die Königreiche Polen und Ungarn im Blick, und es gelang ihr, durch die Königserhebung Sigmunds tatsächlich Ungarn einzubeziehen; die Luxemburger schienen nicht nur im Reich, sondern auch in Südosteuropa zu dominieren. Die Herrschaftskrise Wenzels IV. bewirkte jedoch im Reich seine Absetzung durch die deutschen Kurfürsten und in Böhmen den faktischen Zusammenbruch der Königsmacht, der eng mit der ausgreifenden hussitischen Bewegung zusammenhing. Die Jahre König Wenzels waren eine Katastrophe für die beherrschende Rolle Böhmens im Reich; nicht nur, daß das Königtum wieder nach Westen abwanderte, trotz der kurzfristigen Alternative von Wenzels Vetter Jobst von Mähren – die hussitische Bewegung band auch die Kräfte Böhmens nach innen und löste schließlich das Königreich de facto weitgehend aus dem Gefüge des Reiches, für das es nun nicht zum dominanten Territorium, sondern zu einer drohenden Gefahr wurde. Dies aber bedeutete, daß auch das deutsche Königtum Sigmunds (nach dem Tode Wenzels und Ruprechts von der Pfalz) eine entscheidende Schwächung erfuhr – er mußte das Reich von der ungarischen Peripherie aus regieren, versammelte zuweilen sogar die Großen Deutschlands in Preßburg. Damit tauchte wiederum für den Reichsverband das Problem eines peripheren Königtums auf, wie man es unter den späten Staufern erfahren hatte und wie es dann erneut Kaiser Karl V. praktizieren sollte. Diese Schwächung beruhte darauf, das Böhmen, das eigentlich dazu bestimmt war, die Schlüsselrolle für Sigmunds Herrschaft zu spielen, über weite Strecken unkontrolliert blieb, auch wenn am Ende Sigmund sogar den Friedensschluß der Prager Kompaktaten verzeichnen konnte und er der Hussitenstadt Tabor sogar den kaiserlichen Adler ins Wappen setzte. Der faktische Verlust Böhmens hat auch zur Aufgabe der nordostdeutschen Position der Luxemburger, der auf dem Besitz Böhmens und Schlesiens beruhenden

brandenburgischen Kurwürde geführt – Sigmund überließ das Kurfürstentum schließlich den hohenzollerischen Burggrafen von Nürnberg. So bedeutete die hussitische Bewegung auch einen wichtigen Faktor der deutschen Geschichte durch die Umpolung Böhmens vom Zentrum des Reiches zu einer weitgehenden Reichsferne, die beinahe zur Entthronung der Dynastie geführt hätte. Die Konsequenz zeigt sich in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts, die gekennzeichnet war durch eine verstärkte Einbringung der böhmischen Länder in das politische Spiel Ostmitteleuropas. Zwar schien nach dem Aussterben der Luxemburger der auf eine Ehe mit Sigmunds Erbtochter Elisabeth gegründete Anspruch der Habsburger auf deren Erbe erfolgreich zu sein; die weitgehend widerspruchslöse Königswahl Albrechts II. im Reich, in Böhmen und in Ungarn 1438/39 schien die alte Position Kaiser Karls IV. wieder aufleben zu lassen, die nun noch nach Osten verstärkt war. Freilich fragt sich, ob das von der hussitischen Bewegung geprägte Böhmen in diesem Herrschaftsverbund eine ebenso zentrale Rolle hätte spielen können wie unter den Luxemburgern, als ob 1438 bereits die Konstellation von 1526 vorweggenommen worden wäre. Dies läßt sich schwer berechnen – gerade die Vorgänge von 1526 lassen an einem raschen Erfolg nach 1438 zweifeln. Wie in den Nachbarländern stand dem neuen König eine selbstbewußte Adelsgesellschaft gegenüber.

Der rasche Tod Albrechts, der als ein erfahrener Landesherr Österreichs berufen worden war, eröffnete den längst angelegten Konflikten freie Bahn. Zwar stellte man im Gegensatz zu Ungarn, das die Kombination mit Polen zu bevorzugen schien, in Böhmen zunächst den Anspruch des Hauses Österreich nicht in Frage; die Nachfolge des nachgeborenen Sohnes Ladislaus IV. „Posthumus“ schien für Böhmen kein Problem. Aber zugleich verlor der minderjährige König die Kontrolle des Hauses Österreich, vollzog sich eine verstärkte Anlehnung der böhmischen Länder an Ostmitteleuropa – und damit eine Distanz zum Reich. Zur konfessionellen Sonderrolle Böhmens trat gegenüber der Dynastie das verstärkte Gewicht des Adels. Ladislaus gelang es zwar schließlich, die Kronen Ungarns und Böhmens mit dem donauländischen Teil der österreichischen Erblände zu vereinigen – aber die Reichskrone wurde von einem anderen Habsburger, Friedrich III., errungen, der freilich als Herr der innerösterreichischen Lande eine noch peripherere Position besaß als Ladislaus. Überdies war auch er in starkem Maß in die ostmitteleuropäischen Auseinandersetzungen verwickelt, so daß auch Friedrich III. für das Reich ein „ferner Herrscher“ war, so sehr neuerdings die Forschung seine Bedeutung für die Reichspolitik vor allem in der letzten Phase seiner Regierungszeit neu herausgearbeitet hat. Die ostmitteleuropäische Rolle Friedrichs III. sollte dennoch zeitweilig seine Position im Reich in Frage stellen. Der Kaiser hatte zu große Schwierigkeiten, wenigstens die eigene österreichische Stellung zu sichern, mit den Tiroler Habsburgern zurechtzukommen, als daß er auch böhmische Pläne hätte verfolgen können. Vielmehr geriet er nach dem frühen Tode seines Vetters Ladislaus Posthumus in seinem Bestreben zur Behauptung Österreichs verstärkt in den Sog der ostmitteleuropäischen Probleme.

Offensichtlich hatte der Tod des Ladislaus sowohl in den böhmischen Ländern wie auch in Ungarn ein Vakuum hinterlassen, das schließlich in beiden Fällen ein „nationales Königtum“ aus der Mitte des hohen Landesadels hervorgehen ließ. In Böhmen obsiegte Georg von Podiebrad, der als Adelskönig und ehemaliger Hussiten-

anhänger auch in der Lage war, das Vertrauen des Landes zu erwerben. Noch bedeutender wurde der Ungarnkönig Matthias Corvinus, Sohn des Reichsverwesers Johann Hunyadi, der Podiebrad außerhalb Böhmens in dessen Nebenländern Konkurrenz machte und schließlich Mähren, Schlesien und die Lausitzen an sich ziehen und den Böhmen auf sein Kernland beschränken konnte – gleichwohl hatte bezeichnenderweise auch König Georg durchaus Ambitionen auf die Krone des Reiches. Sein früher Tod ließ den böhmischen Adel gegen den starken Ungarnkönig schließlich den jagiellonischen polnischen Prinzen Wladislaw IV. ins Land ziehen, also abermals eine ostmitteleuropäische Option, während Matthias Corvinus eine fortdauernde Bedrohung der Habsburger in Österreich bedeutete. Während Georg noch die Reichsbelehnung einholte, taten dies Wladislaw und sein Sohn Ludwig nicht mehr.

Allerdings gelang den Habsburgern gegen Ende der Regierungszeit Friedrichs III. eine erfolgreiche Rückkehr ins Reich: durch die Königswahl Maximilians I. und durch die Gewinnung der Besitzungen der Tiroler Habsburger, die dem Erzhaus eine Plattform für eine erneuerte Reichspolitik gaben und eine dramatische Phase der deutschen Geschichte eröffneten. In ihr stand Böhmen völlig abseits, eine vom Adel beherrschte Ständemonarchie unter der schwachen Dynastie der Jagiellonen. Die habsburgische Politik aber hatte nach der Wiederherstellung ihrer Position im Reich ihre ostmitteleuropäische Komponente nicht aus den Augen verloren. Als 1491 Matthias Corvinus starb, gab er Mähren, Schlesien und die Lausitzen den böhmischen Jagiellonen frei und entlastete die Habsburger für ihre Reichspolitik; zugleich gelang ihnen nun der Rückgewinn Niederösterreichs, auch wenn sie die rasch wiederaufgenommenen ungarischen Ansprüche nicht gegen die jagiellonische Konkurrenz durchsetzen konnten, wodurch die böhmischen Länder mit Ungarn verbunden worden waren. Zug um Zug aber suchten die Habsburger ihre Ansprüche abzusichern; dies gelang 1515 im sog. Wiener Kongreß durch einen Ausgleich, besiegelt mit der berühmten Doppelhochzeit des jagiellonischen Thronfolgers mit der Erzherzogin Maria und des Erzherzogs Ferdinand, zunächst stellvertretend für Maximilian, mit der Prinzessin Anna von Böhmen und Ungarn. Dies sollte sich als ein erfolgreiches Spiel mit dem Zufall des Todes erweisen und die Wurzeln der österreichisch-böhmisch-ungarischen Kombination legen – zugleich aber wurde dadurch Böhmen wieder an das Reich herangeführt.

So gesehen, hat das Ereignis von 1515 die Epoche einer deutlichen Entfernung Böhmens vom Reich abgeschlossen; allerdings hatte Böhmen wie die Niederlande und die Schweiz im Jahr zuvor die wichtige Phase einer Modernisierung des Reichsverbandes nicht mitgemacht, die man gemeinhin, aber nicht ganz richtig mit „Reichsreform“ umschreibt: Böhmen fiel aus der Kreiseinteilung, aus den Reichsmatrikeln, aus der Jurisdiktion des entstehenden Reichskammergerichts und aus dem sich formierenden Reichstag heraus, obgleich die Kreiseinteilung auch Österreich und die burgundischen Lande erfaßt hatte. Die Züge eines eigenständigen Königtums wurden durch dieses Abseitsstehen deutlicher – es zeigte sich nun, wie der einstige Reichsmittelpunkt Prag unter Karl IV. inzwischen in eine erhebliche Distanz zum Reich geraten war. Aber schon 1519 besuchte der böhmische Wahlgesandte den Wahltag zu Frankfurt und stimmte dabei für den Gegenkandidaten König Ludwigs, den spanischen König und Erzherzog Karl. Böhmen hatte seine Kurstimme wahrgenommen und damit



wieder einen Schritt auf den Reichsverband zu getan. Das überrascht nicht, denn die Königswahl war im Gegensatz zu Kreiseinteilung, Reichsmatrikel, Reichskammergericht und Reichstag ein älteres Element der Geschichte.

Das ungarisch-böhmische Lotteriespiel des Hauses Österreich von 1515 ging ebenso auf wie zuvor das spanische: nach der Katastrophe von Mohács konnte das Haus Österreich bereits 1526 die Früchte seiner Politik ernten. Die Doppelhochzeit von 1515 war ein starkes Argument für die Wahl des habsburgischen Erzherzogs Ferdinand, des Gemahls der ungarisch-böhmischen Anna – der bayerische Gegenkandidat hatte nur eine schwächere Fraktion des südböhmischen Adels, wenngleich unter Führung der mächtigen Rosenberger, hinter sich; eine wittelsbachische Wahl hätte auch trotz der unverkennbaren Schwächen des noch jungen Erzherzogs Ferdinand eine schwere Belastung Bayerns gegenüber den sicher fortbestehenden habsburgischen Ansprüchen bedeutet. Bevor jedoch die Konsequenz der habsburgischen Wahl für die Beziehungen Böhmens zum Reich diskutiert werden sollen, sei kurz anhand der bayerischen Alternative auch auf die geographische Position Böhmens hingewiesen. Bemerkenswert war, daß es 1526 auch noch einmal eine jagiellonisch-polnische Alternative gab.

Außer den habsburgischen Territorien hatten die böhmischen Länder im wesentlichen vier deutsche Nachbarn von Bedeutung: im Norden die Kurfürstentümer Brandenburg und vor allem Sachsen. Sachsen stand in einer besonders engen Beziehung zu Böhmen; böhmische Lehen durchsetzten das sächsische Territorium, auch der Kurfürst selbst war Vasall der Krone Böhmens. Die Wirtschaftsbeziehungen waren eng – in Dresden, Torgau und Wittenberg beobachtete man daher die böhmische Szene stets sehr engagiert. Ohne Frage entstand hier eine wichtige Partnerschaft – allerdings war die Trennung in ein Kurfürstentum und in ein Herzogtum Sachsen 1495 auch eine Reduktion des Einflusses der Wettiner. Die kurbrandenburgischen Interessen zielten vornehmlich auf Schlesien und traten daher für die Gesamtheit der böhmischen Länder zurück – im übrigen lag Kurbrandenburg lange im Windschatten der Wettiner; die dynastische und konfessionelle Spaltung aber hatte letztere als Kandidaten für die böhmische Thronfolge 1526 ausgeschaltet. Anders die Wittelsbacher: Sowohl die bayerische wie die pfälzische Linie (letzte in der Oberpfalz) waren Nachbarn Böhmens. Dabei hatten die Bayern im Landshuter Erbfolgekrieg 1503/5 das Schwergewicht zu ihren Gunsten gegenüber den Pfälzer Kurfürsten verschieben können – so war ihre böhmische Königskandidatur logisch. Sie wäre auch für die Pfälzer interessant gewesen, aber in ihrer bedrängten Situation konnten sie sich keinen Konflikt mit der habsburgischen Kaiserdynastie leisten.

Weit stärker als in Ungarn setzte sich der 1526 gekürte Habsburger Ferdinand in den böhmischen Ländern durch, auch wenn seine spanisch geprägten Herrschervorstellungen in dieser Ständemonarchie nicht zum Tragen kamen. Für die Geschichte des Reiches aber hatte der Erfolg des Hauses Österreich in Böhmen und teilweise in Ungarn mehrfache direkte und indirekte Konsequenzen. Zunächst bedeutete er eine deutliche Schwerpunktverlagerung – ohne Zweifel waren die St.-Wenzels- und die St.-Stephanskronen für das Erzhaus die vornehmsten Würden, nächst der römisch-deutschen Königskrone. Das aber bedeutete, daß man den 1488 von Maximilian I. begonnenen Ausbau der südwestdeutschen Stellung Österreichs, gekrönt 1520 von

dem Erwerb des vom Schwäbischen Bund eroberten Württemberg, hintanstellte – dieser Vorgang entsprach den dynastischen Regeln der Zeit; die folgende Vernachlässigung der schwäbischen Positionen aber mußte auch die habsburgische im Reich schwächen – der Entschluß dazu mag Ferdinand I. umso leichter gefallen sein, als er ja zunächst nicht die römische Königskrone trug. Dies war ein Prozeß, der sich nur langsam vollzog, der aber doch die Konsolidierung der habsburgischen Position im deutschen Südwesten abbremste und schließlich 1534 zum Verlust Württembergs führte; der Schwerpunkt des österreichischen Interesses verlagerte sich damit vom Südwesten des Reiches auf den Südosten Europas – und damit zugleich vom Reich verstärkt auf die Erblande.

Zugleich aber bedeutete die Nachfolge Ferdinands in Böhmen, daß erstmals seit den Tagen der Luxemburger wieder die römisch-deutsche Kaiserdynastie die St.-Wenzels-Krone trug, belastet mit zahlreichen Problemen, aber doch dadurch in seiner Position dem Reich gegenüber entscheidend gestärkt. Allerdings war der neue böhmische König Ferdinand I. im Reich nur der Juniorpartner seines Bruders Karl V., erst spät – 1531 – durch eine römische Königswahl als echter Mitspieler legitimiert. Er fand jedoch zunehmend sein eigenes Profil. Er hat dies auch begriffen, denn er praktizierte noch ein stark ambulantes Königtum und war in Prag immer wieder präsent. Dies aber bedeutete für seine Reichspolitik, daß er nicht mehr nur den Südwesten, sondern nun auch den Nordosten des Reiches – und die alte luxemburgische Perspektive – zunehmend in den Blick bekam. Die zentrale Rolle Kursachsens in der ferdinandischen Reichspolitik ist ohne die böhmische Position des Habsburgers nicht denkbar, genausowenig wie Ferdinands Aufstieg zu einer sich immer stärker abzeichnenden personellen Alternative zu Kaiser V. Es wäre interessant, einmal das Reich des 16. Jahrhunderts nach den konkurrierenden Einflußfeldern Karls und Ferdinands abzugrenzen. Ohne Frage aber hat die böhmische Position den jüngeren der Habsburger dem Reichsverband nähergebracht – ohne sie wäre vor allem das Zusammenspiel Ferdinands mit den deutschen Fürsten nicht denkbar gewesen, das am Ende zum Rückzug der spanischen und zur Nachfolge der deutschen Habsburger im Reich geführt hat. Zugleich aber verkörperte in Böhmen der König das Prinzip einer ausschließlichen Katholizität, auch wenn Ferdinand seinen Neigungen nicht nachgeben konnte und entgegen dem auch in Böhmen formal rechtsgültigen Augsburger Religionsfrieden religiöse Konzessionen machen mußte; hierin spiegelte sich die unmittelbare Stellung der erbländischen, insbesondere der böhmischen Stände gegenüber dem Herrscher, die sich sozusagen parallel zu den Reichsständen sahen. Die Niederlage der Schmalkaldener im Reich 1547 entzog auch einem böhmischen Aufstand gegen die Königsherrschaft der Habsburger seine Grundlagen. Am Ende stieg Ferdinand I. zur Kaiserwürde auf; die böhmische Position des Reichsoberhauptes aber verstärkte das Zusammenwachsen des Reichsverbands im 16. Jahrhundert, das Näherrücken des traditionell kaiserfernen Nordens an die weit im Südosten angesiedelte Herrscherdynastie.

Böhmen wurde jedoch trotz formal weiterbestehender Selbständigkeit (keine Real-, sondern eine Personalunion) faktisch gleichsam zu einem Annex Österreichs, denn Wien behielt seinen Vorrang vor Prag, und damit zu einem Sprungbrett ins Reich, das dem südwestdeutschen der Habsburger gleichkam und dieses vielleicht noch

übertraf. Maximilian II., wiewohl in der Konfessionsfrage schwankender, setzte die Politik Ferdinands fort; auch er residierte gern in Prag. Die Tage der Luxemburger schienen jedoch wiederzukehren, als Rudolf II. zunehmend die Rückkehr nach Prag in Angriff nahm. Als er sie schließlich vollzog, wurde sehr deutlich konstatiert, daß der Kaiser dem Reich nähergerückt war. Sein Prager Hof hatte eine erhebliche Attraktivität für die deutschen Fürsten, auch für die lutherischen, sogar für calvinistische; von Prag aus konnte das Reichsoberhaupt besser als von Wien aus die Entwicklungen in seinem Reichsgebiet überblicken; noch einmal gewann die Reichsherrschaft unter ihm eine eigenständige Bedeutung neben der erbländischen. Aber es war nicht der geschlossene Landesstaat Böhmens und seiner Nebenländer, auf den sich einst Karl IV. gestützt hatte, sondern ein von einem starken Adel bestimmter, konfessionell gespaltenen Ständestaat. Der depressive Rudolf II. war trotz bemerkenswerter Kenntnisse im Funktionieren des Reichsverbandes nicht der Mann, um regulierend einzugreifen – wiewohl selbst entschieden katholisch, trieb er eine schwankende Politik und wurde doch im Zeichen der konfessionellen Polarisierung selbst zur Religionspartei. Zunehmende Schärfen und wachsende Spannungen brachten die verspätet einsetzende katholische Konfessionalisierung der österreichischen und böhmischen Erblande. Das Potential sammelte sich an, das schließlich sowohl die Erblande wie auch das Reich in eine schwere Krise stürzen sollte – sehr schnell zeigte sich, wie wichtig die Klammer Böhmen zwischen beiden war.

Daß Kaiser Matthias die Residenz wieder von Prag nach Wien verlegte, machte klar, daß dies auch eine Option für die Erblande und gegen das Reich war. Der Reichsvizekanzler des Matthias, der Schwabe Johann Ludwig von Ulm, sah deutlich die Gefahr, daß der Reichsverband den Habsburgern durch ihr Fernerrücken, also durch den Umzug von Prag nach Wien, entgleiten konnte. Die Nachfolge Matthias' hatte sich im Bruderzwist des Hauses Österreich vollzogen, in einer dynastischen Krise, die die Position des Erzhauses schwächte und die Macht der erbländischen Stände stützte. Dabei hatten die Stände Böhmens und Schlesiens im Gegensatz zu jenen Mährens, Österreichs und Ungarns an Kaiser Rudolf II. festgehalten und lange gegen Matthias optiert. Erst kurz vor Rudolfs Tod konnte Matthias 1611 die Nachfolge in Böhmen und Schlesien antreten – nach einer Thronvakanz und einem Reichsvikariat schließlich auch 1612 im Reich, eine Entwicklung, die für die böhmische Position eine entscheidende Bedeutung hatte. Aber die Doppelkrise im Reich und in den böhmischen Ländern hörte nicht auf. Versuche des Kardinals Klesl, des Hauptberaters von Matthias, das Reich ruhigzustellen und Stabilisierung und Konfessionalisierung der Erblande durchzusetzen, scheiterten, nicht zuletzt am mangelnden Vertrauen in den gerissenen Prälaten.

Eine erneute Verschärfung trat ein, als sich die Erzherzöge endgültig auf die Thronfolge des steierischen Landesherrn Ferdinand in den Erblanden und im Reich einigten, eines entschiedenen Verfechters der Gegenreformation und des aufkommenen Absolutismus, der Verkörperung einer katholischen Konfessionalisierung; zwar akzeptierte man ihn 1617 in Böhmen, aber schnell kam es zu einer dramatischen Abfolge konfessioneller Krisen, die das Reich mit den Erblanden verband – die Schlüsselrolle Böhmens für den Reichsverband wurde durch den ausbrechenden Dreißigjährigen Krieg ebenso deutlich wie in seinem Verlauf. Die böhmische Stände-

revolte gegen das habsburgische Konzept von Konfessionalisierung und Territorialisierung war schlecht vorbereitet und brach bald zusammen – aber sie setzte das Reich in Brand, in einen Brand, der dreißig Jahre lang nicht mehr zu löschen war.

Schon länger hatte die protestantische Opposition im Reich einen Blick auf jene in den Erblanden geworfen. Die böhmische Revolte – sicher begünstigt durch den Abzug des Hofes nach dem Tode Rudolfs II. – aber bot der protestantischen Aktionspartei im Reich die Möglichkeit zum Eingreifen. Bezeichnenderweise waren dabei erneut die Nachbarn von größter Bedeutung: Die evangelischen Kurfürsten von der Pfalz und von Sachsen rangierten an erster Stelle unter den Thronkandidaten der Stände, natürlich nicht der entschieden katholische Herzog von Bayern. Die weiteren, entfernten Kandidaturen waren chancenlos. Kursachsen aber hielt sich zurück und trat sogar schließlich auf die Seite des Hauses Österreich; neben lutherischer Reichstreue und Furcht vor einem ernestinischen Revisionismus praktizierten die Albertiner zum Hause Österreich und zum Reichsoberhaupt die traditionelle loyale Politik. Sie spiegelte die Furcht vor den Gefahren eines Felonieprozesses ebenso wie die Rücksicht auf die vielfältigen wirtschaftlichen Bindungen Sachsens nach Böhmen. Dieses Risiko ging jedoch die aktivistische reformierte Kurpfalz voll ein, obgleich ein Drittel der Oberpfalz aus böhmischen Lehen bestand. Zugleich aber isolierte sich die Kurpfalz; das Bündnis eines Reichsfürsten mit rebellierenden Ständen war auch den entschiedeneren evangelischen Reichsfürsten zumeist suspekt; andererseits hatte in den böhmischen Ländern die Ständerevolte nur eine begrenzte Durchschlagskraft, obgleich sie auch von Böhmen aus auch nach Mähren und Schlesien und auch in die österreichischen Erblande ausgriff.

Der katholische Herzog von Bayern jedoch hatte schnell die Schlüsselrolle der böhmischen Stellung begriffen und unterstützte den habsburgischen Vetter nachhaltig, wenn auch nicht ohne Eigennutz. Auch Kursachsen stellte sich relativ bald auf die Seite der Habsburger. So wie Bayern sein Auge auf die Oberpfalz richtete, gelang es Kursachsen, sich für seine Hilfeleistungen die Lausitzen verschreiben zu lassen. So blieb der Pfälzer weitgehend isoliert – das böhmische Unternehmen wurde von der Oberpfalz aus gestartet, freilich in einer weitgehend feindlichen Nachbarschaft. Von entscheidender Bedeutung aber war, daß die Kurpfälzer Königswürde zu Prag keinen Rückhalt im Reich fand. Der gerade von der Ständeopposition abgesetzte Habsburger Ferdinand II. wurde am 26. August 1619 von den Kurfürsten zum Kaiser gewählt, nachdem zuvor der Kurfürstenrat Ferdinand als den rechtmäßigen Herrscher Böhmens anerkannt hatte. Auch der Pfälzer Gesandte gab schließlich seine Stimme für den Habsburger ab. Hier zeigte sich sehr deutlich, welche entscheidende Voraussetzung reichsrechtliche Legitimität für die Behauptung Böhmens seitens des Hauses Österreich spielte. Das Pfälzer Königtum in Prag brach schnell zusammen, und der Heidelberger Kurfürst mußte es mit dem Verlust der Kurwürde und der Oberpfalz an Bayern bezahlen. Die bayerischen Wittelsbacher wurden damit zugleich zum alleinigen westlichen Nachbarn Böhmens. Das Haus Brandenburg büßte seine schlesische Position ein. Hier zeigte sich aber zugleich, daß auch das Haus Österreich seinen Preis zu zahlen hatte, das nicht nur auf eine Revindikation der böhmischen Lehen in der Oberpfalz verzichten mußte; auch wurde die Verpfändung der Lausitzen an Kursachsen ein dauernder Verlust. Diese Entwicklung bedeutet wieder ein verstärktes Weg-



rücken Böhmens vom Reich – der Norden Deutschlands gewann wieder zunehmend Distanz zum Hause Österreich.

Aber auch der Triumph der Habsburger, der Sieg einer verstärkten Monarchie, hatte Konsequenzen. Böhmen war im Zeichen von territorialer und konfessioneller Durchdringung für sie sicherer geworden – der Hof sollte nicht mehr nach Prag zurückkehren. Die nunmehr entschieden katholische hohe Aristokratie hatte sich von einstigen Rebellen zum Eckpfeiler der habsburgischen Macht gewandelt. Am Wiener Hof entstand eine enge Verknüpfung des böhmischen mit dem ebenfalls domestizierten österreichischen Hochadel – der jedoch in dieser Kombination die erste Geige spielte, logische Konsequenz der verstärkten Priorität Wiens. Die großen Konfiskationen von Adelsgut nach der Niederschlagung des Aufstandes brachten in die böhmische Aristokratie eine beträchtliche Mobilität; sie zog auch den Adel aus dem Reich an, der sich in Böhmen niederließ – teils ältere Traditionen fortsetzend, teils neue begründend, wie die Schwarzenbergs, Fürstenbergs, Salms, Sachsen-Lauenburgs, Stadions, Metternichs, Rothenthans u. a. Sie entstammten allesamt der österreichischen Klientel im Reich. Doch sie schlugen ebensowenig eine direkte Brücke von Böhmen zum Reich, wie böhmisch-mährische Magnatenfamilien, die prestigeträchtige Reichsterritorien erwarben, wie die Liechtensteins und die Lobkowitz'. Zentrum war für sie Wien, in dessen Schatten Böhmen zunehmend als reichspolitischer Faktor trat; gleichwohl blieb es ein wichtiger Stützpfeiler der habsburgischen Stellung in den Erbländern, aber auch gegenüber dem Reich; ein Bündnis opponierender Reichsstände mit opponierenden Landständen gab es nicht mehr.

Die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts war gekennzeichnet durch die fortschreitende territoriale Durchdringung und die Durchsetzung des Katholizismus – außer in Schlesien. Mit der Konsolidierung ihres erbländischen Besitzes aber konnten die Habsburger wieder an den Ausbau der kaiserlichen Stellung im Reich gehen – hier war erneut die böhmische Position von höchster Bedeutung. Sie hielt Kursachsen bei der Stange, das seit 1648 zunehmend hinter Brandenburg-Preußen zurückfiel. Aber die böhmische Position Österreichs half auch, den Druck des übermächtigen Nachbarn auf Bayern zu verstärken. Als Kurfürst Max Emanuel von Bayern im Spanischen Erbfolgekrieg nach einigem Hin und Her auf die Seite Frankreichs trat, war Böhmen eine für ihn unangreifbare Bastion – der bayerische Hauptstoß richtete sich gegen Tirol, nicht gegen Böhmen, aber mühelos konnten die Österreicher von dort aus 1704 die Oberpfalz besetzen. Mit der Oberpfälzer Restitution des nunmehr katholischen und dem Erzhaus sehr eng verbundenen Hauses Neuburg, das seit 1685 die Kurwürde der Pfalz innehatte, schien sich eine neue Konstellation abzuzeichnen. Durch die Übertragung der Landgrafschaft Leuchtenberg an den Fürsten Maximilian von Löwenstein-Rosenberg-Rochefort wurde ein neues benachbartes Klientel-Fürstentum geschaffen: also insgesamt eine starke Reduktion der Position Bayerns in der böhmischen Nachbarschaft. Aber all das blieb Episode, denn Kurfürst Max Emanuel mußte seine kriegesischen Aktivitäten nicht auf Dauer mit dem Verlust seiner Herrschaft bezahlen; Bayern blieb nach seiner Restitution der einzige westliche Nachbar Böhmens.

Andererseits war es Kaiser Josef I. im Spanischen Erbfolgekrieg gelungen, die böhmische Position in der Reichsverfassung zu verstärken, die seit 1500 weiter ab-

gebröckelt war. Dies hing allerdings auch mit der Kaiser- und Königsstellung der Habsburger zusammen. Sie entzogen sich, wie auch in Österreich, den Reichssteuern – 1612 und 1619 wurde sogar das Kaiserwahlrecht Böhmens nicht ausgeübt: die Könige Matthias und Ferdinand II. waren allerdings auch Kandidaten, der letztere ein umstrittener; danach wurde das Wahlrecht wieder wahrgenommen – der Dreißigjährige Krieg hatte die habsburgische Stellung stabilisiert. Joseph I. gelang 1708 im Zusammenhang mit der Erhebung Hannovers zur neunten Kurwürde die Readmission Böhmens zum Kurkolleg. Damit wurde dessen Rückzug aus dem Reich im Spätmittelalter teilweise korrigiert. Bezahlen mußte er dies allerdings mit der grundsätzlichen Verpflichtung, daß Böhmen Reichssteuern entrichtete. Das Haus Österreich hatte über Böhmen seither Sitz und Stimme unter den Kurfürsten. Allerdings war dies eine Entscheidung, die vor allem der Stellung Habsburgs zugute kam, mehr als dem Stimmgeber Böhmen – die böhmische Kurstimme bot nun die formale Plattform für den neuen habsburgischen Einfluß im Kurfürstenrat; viel weniger wurde dadurch Böhmens spezielle Position unterstrichen. Die römisch-deutsche Kaiser- bzw. Königswürde des Böhmenkönigs hatte allerdings auch seine Integration in den Reichstag behindert, da er auch nach mittelalterlicher Vorstellung schlecht sich selbst gegenüberstehen konnte. Der Schritt Josephs I. spiegelte somit ein Stück Versachlichungsprozeß.

Sehr schnell allerdings rückten die böhmischen Länder wieder in den Mittelpunkt des Geschehens, als sich 1740 die österreichische Erbfolgefrage stellte. Sie gerieten gleich mehrfach unter Druck. Es gab die Erbansprüche der Schwiegersöhne Kaiser Josephs I., also der Kurfürsten von Sachsen und Bayern, ersterer zugleich König von Polen; dramatischer aber wirkte der Angriff Friedrichs II. des Großen von Preußen, der sich gegen das habsburgische Schlesien richtete, Ansprüche aus der Zeit vor dem Dreißigjährigen Krieg aufgreifend; bezeichnenderweise blieb jedoch am Ende gerade das einst hohenzollerische Herzogtum Jägerndorf bei Österreich, während Friedrich auf Dauer in drei Kriegen das reiche Schlesien behaupten konnte.

Machtpolitisch war der preußische Zugriff auf Dauer der gefährlichste. Formal aber erschien der Anspruch der Wittelsbacher noch dramatischer, denn er zielte sowohl auf die Kaiserwürde wie auch auf die böhmische Königskrone. Die Münchener Politiker haben ihren engen Zusammenhang sogleich begriffen, vielleicht auch aus den Erfahrungen des Dreißigjährigen Krieges. So brach man die französisch-bayerische Offensive 1741 kurz vor Wien ab. Anstatt ins Zentrum der gegnerischen Macht vorzustoßen und die Eroberung Wiens zu versuchen, wofür die strategischen Gesichtspunkte gesprochen hatten, setzte Kurfürst Albrecht von Bayern auf Prag. Dafür plädierte auch sein übermächtiger Partner Frankreich in Gestalt des Marschalls Herzog von Belle-Isle, der sich eine Schiedsrichterrolle Frankreichs zwischen einem vergrößerten Bayern und einem reduzierten Restösterreich vorstellte. Aber auch Karl Albrecht wollte die böhmische Krone, in der er mehr als in dem österreichischen Erzherzogshut seine und des künftigen Kaisertums Machtbasis sah – Prag, nicht Wien, schien das Sprungbrett zur wittelsbachischen Kaiserwürde zu sein. Dabei war Karl Albrecht zunächst auch erfolgreich. Er zog als Sieger in Prag ein, ließ sich huldigen und zum böhmischen König krönen. Scheinbar glücklicher als seinerzeit der Winterkönig, vermochte er es auch, die böhmische Kurstimme in den habsburgischen Händen zu paralysieren. Freilich zeigte sich recht bald die Fragilität des wittelsbachischen Königtums in Böhmen, denn

schon 1743 mußte sich Karl Albrecht aus Prag zurückziehen, und Maria Theresia ging in der Folge mit Härte gegen die bayerischen Parteigänger unter Adel und Bürgertum Böhmens vor; darin mag sich nicht nur eine veränderte Haltung der Monarchin, sondern auch die Einsicht in jene Gefahr gespiegelt haben, die ein Abfall Böhmens heraufbeschwor. 1745 gewann das Erzhaus auch endgültig böhmische Königswürde, böhmische Kurstimme und Kaiserkrone zurück.

Die böhmischen Länder aber waren während des Österreichischen Erbfolgekrieges nicht nur Ziel bayerischer Wünsche gewesen; hinzu kamen auch noch die sächsischen Ansprüche, die immer wieder vor allem um Mähren kreisten, aber auch gelegentlich Böhmen im Visier hatten. Die habsburgische Restitution von 1745 schnitt die bayerischen und sächsischen Ansprüche ab, während Preußen den Großteil Schlesiens behaupten konnte. Dies bedeutete eine erneute Abdrängung der Habsburgermonarchie von den kaiserfernen Zonen des Nordens – nach dem Verlust der Lausitzen eine zweite Reduktion der böhmischen Ländergruppe, die die Verklammerung mit dem Reichsverband weiter löste und sie sogar enger an Österreich anschloß. Hingewiesen sei darauf, daß damit auch ein zweites Mal das deutsche Element der zweisprachigen Ländergruppe reduziert wurde.

Sehr klar war längst, daß Böhmen in die Formation der Habsburgermonarchie einbezogen war als einer jener Teile, die zugleich Glieder des Reiches waren. Zugleich aber hatte Böhmen jenen Vorteil, den stets die Erblande des Kaisers selbst auszeichneten – Lösung aus den Verpflichtungen gegenüber dem Reich, Betonung der Sonderstellung. Dabei konnten die Habsburger an die Kontinuität der böhmischen Distanzierung vom Reich im 15. Jahrhundert anknüpfen. Die Gliedschaft im Reichsverband stand außer Frage – eine „Einkreisung“ erfolgte jedoch ebensowenig, wie eine politische eigene Rolle entstand. Die Residenzverlegung nach Wien hatte außenpolitisch alle Kompetenzen dorthin verlagert; die Beziehungsstränge aus dem Reich wiesen an den Kaiserhof. Vor allem Südmähren war zu dessen Vorhof geworden, aber auch Böhmen selbst wurde immer stärker dort angebunden.

Noch einmal schien sich die Situation zu verändern, als Joseph II. 1778 nach dem Aussterben der bayerischen Wittelsbacher nach deren Erbe griff, Pläne, die er bis zu seinem Ende mit großer Beharrlichkeit verfolgte. Der Erwerb der Oberpfalz hätte in der Tat die böhmische Stellung zum Reich wieder enger gemacht – doch dazu kam es nicht. Kursachsen war von einem mächtigen Partner zu einem bloßen Pufferstaat geworden. So sehr stellte Böhmen einen integrierenden Teil der Monarchie dar, daß es sich, als der gesamte Reichsverband in seine tödliche Krise geriet, als Eckpfeiler der österreichischen Position sah: es war unbestritten Teil des Habsburgerstaates, eine Zugehörigkeit, die wichtiger war als jene zum Reich. Aber als 1804 im Vorgriff auf das drohende Ende des habsburgischen Kaisertums im Reich ein österreichisches Kaisertum diskutiert und dann proklamiert wurde, dachte man nur an die Radizierung des Titels auf Ungarn und Galizien, nicht auf Böhmen, obgleich die St.-Wenzels-Krone nächst der Stephans-Krone die vornehmste Würde des habsburgischen Herrschers war, der böhmische Königstitel mehr darstellte als der österreichische Erzherzogtitel. Aber Böhmen galt neben seiner Stellung in der Habsburgermonarchie immer noch als ein Teil des Reiches, auf den man nicht den Souveränitätstitel eines Kaisers radizieren konnte. Da war den Wiener Staatsmännern der für das Haus namengebende

Herrschertitel „Österreich“ gewichtiger als Böhmen, das nur ein Teil, wenn auch der vornehmste, der im Reich gelegenen Erblande war.

Die Reichszugehörigkeit Böhmens war ethnisch unproblematisch gewesen, trotz der Zweisprachigkeit (bei einem Übergewicht des Tschechischen) der böhmischen Länder, denn das Alte Reich war ein übernationaler Verband, auch wenn gelegentlich die deutsche Publizistik nationale Züge betonte. Daneben traten seit dem 18. Jahrhundert zunehmend Ansätze, ein nationales Denken am Reichsverband festzumachen. Dies scheint die böhmischen Länder noch nicht maßgeblich betroffen zu haben; deren tonangebende Aristokratie war längst weit mehr auf die Habsburgermonarchie als auf den Reichsverband ausgerichtet. Sie war ja auch zusammen mit dem österreichischen Hochadel die vornehmste Trägerin des vom Wiener Hof ausgehenden Gesamtstaatsbewußtseins.

Daß der Niedergang des Reichsverbandes in Deutschland dort das nationale Empfinden stimulierte, warf seine Wellen schon stärker nach Prag. Dessen Rolle für das „deutsche Erwachen“ im Gefolge Österreichs unter dem Grafen Johann Philipp von Stadion 1808 ist nicht zu unterschätzen. Weit wichtiger war es natürlich für die tschechische Nationalbewegung. Aber noch standen österreichische Monarchie, böhmischer Landespatritismus, Reichspatritismus (dieser wohl in den böhmischen Ländern in geringem Ausmaße) und nationales Empfinden der Tschechen und der Deutschen relativ unverbunden nebeneinander. Als Metternich nach der Selbstbehauptung der Monarchie und dem Zusammenbruch des napoleonischen Imperiums die Stellung Österreichs in Deutschland noch einmal zu befestigen gedachte, tat er dies mit der Konstruktion eines Deutschen Bundes, in den auch die einst zum Reich gehörigen Teile der Monarchie eingebracht wurden, also auch Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien. Gerade damit aber wurde der Keim dazu gelegt, daß sich deutsches und tschechisches Nationalgefühl gegeneinander wandten. Der Inanspruchnahme einer zunehmend romantisch, d. h. anachronistisch umgedeuteten Reichstradition durch den erwachenden deutschen Nationalismus folgte die Ablehnung durch die Tschechen. Palacký hat dem beredt Ausdruck gegeben und damit die tschechische Position am Anfang einer lange andauernden Auseinandersetzung betont. Doch die nationalistische Ausdeutung der Reichstradition im 19. und 20. Jahrhundert einerseits und die nüchterne Analyse des Reichsverbandes sind zweierlei Dinge; man muß sie zusammen sehen und muß sie doch trennen – die Zugehörigkeit der böhmischen Länder zum Alten Reich war eine verfassungsrechtliche Klammer, die mit unterschiedlicher Intensität eine wichtige Nachbarschaft mitbestimmt hat.